

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf., Durch Austräger 1.50 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.
Verlagskonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau.
Verkehrs-Anschluss: Ring Nr. 6637.

Freitag, 4. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Sammelanzeigen, Verleihen- und Vermarktungsanzeigen 0,40 Mk. Meldeamt: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 2.— Mk.

Rücktritt der preußischen Regierung.

(Zu) Berlin, 1. November.

Die demokratische Fraktion des preußischen Landtages hat heute 2 Uhr nachmittags dem Ministerpräsidenten Stegerwald folgenden Beschluss übermittelt: „Nach der veränderten politischen Lage erscheint uns die Zweiparteien-Regierung nicht länger haltbar. Die bisherigen Versuche zu einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage zu gelangen, müssen wir als gescheitert betrachten. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, treten unsere Minister aus der jetzigen Regierung aus.“ Auf Grund dieser Nachricht hat Ministerpräsident Stegerwald auf 4 Uhr nachmittags das preußische Kabinett versammelt. Dieses hat einstimmig den Rücktritt des Kabinetts beschlossen. Eine Erklärung der Regierung wird noch im Laufe der Nacht ausgegeben werden.

Nach Mitteilungen, die dem „12-Uhr-Mittagsblatt“ aus parlamentarischen Kreisen zugegangen sind, soll zunächst ein Uebergangskabinet mit drei Parteien, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten gebildet werden. Dazu sollen zwei Beamtenminister treten, die später durch Mitglieder der Deutschen Volkspartei ersetzt werden sollen. Maßgebend für den Beschluss der Demokraten, ihre Minister zurückzuziehen, war der Wunsch, die Bildung eines Kabinetts der großen Koalition rascher vorwärts zu bringen.

Der Sinn dessen, was in Preußen geschieht, liegt auf der flachen Hand. Von Preußen aus soll der Weg zur Stinneskoalition im Reich gebahnt werden. Stegerwald und Marx vom Zentrum, Sebering von den Sozialdemokraten haben kurz zuvor ihre ständige Bereitschaft zur „großen Koalition“ erklärt und als Viertel im Bunde hat sich noch zuletzt Herr Bergt von den Deutschnationalen angemeldet. Die Einleitung des Aufbaus der Stinneskoalition von Preußen aus bietet den bürgerlichen Parteien besondere Vorteile. Ebenso ist diese Regierungsbildung nicht befaßt mit dem Odium der Annahme der ober-schlesischen Entscheidung, und zweitens kommen dabei die Mehrheitssozialisten in die Hinterhand. Denn in Preußen sind sie es, die an die Türen klopfen, im Reich sitzen sie schon in der Regierung. Die Sache ist nach den bewährten Regeln des Hofmarkts eingefädelt und wird nach denselben Regeln sich weiter abrollen. Sebering erklärte in seiner letzten Rede in Breslau, bei der Verabschie-

bung der wichtigsten Gesetze für die kommunale Selbstverwaltung und die große Verwaltungsreform sei ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei möglich und notwendig. — Und . . . außerdem drohe eine neue Welle der Arbeitslosigkeit. Auch hier könne für den Fall von Unruhen das wichtige Innenministerium nicht einem Bürgerlichen überlassen bleiben. Es gelte im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, sich mit aller Kraft zur Verfügung zu stellen. . . . Sonst werde die Sozialdemokratie zeigen, was sie in der Opposition vermöge.“ — Sebering stellt sich „mit aller Kraft“ „zur Verfügung“ für — nun für neue Blutarbeit, für die Niederhaltung der Arbeitslosenunruhen, die er für den Winter voranschaut.

Aber vorher kommt noch ein anderer Wert, für das sozialdemokratische Führer vom Schlage Seberings gesucht werden. Im Reich steht der Steuerkampf vor der Tür. Neue Wiederentwässerungszahlungen sind schon im Januar zu leisten. Und überall im Reich sind Lohnkämpfe im Gang. Sie werden sich verschärfen. Das Bürgertum braucht sozialdemokratische Führer, um die Arbeiterschaft fähig zu halten, oder um sie, wenn sie sich gegen die ungeheure Verelendung, die ihr bevorsteht, auflehnt, mit der ganzen Macht der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Parteibürokratie niederzuhalten.

Die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter mögen vielfach aufgetaumelt haben, als im Verlauf der Oberschlesientrippe die Bildung einer Stinneskoalition sich zerbrach. Die Pause war kurz. Der Rücktritt der preußischen Regierung rückt die Entscheidung in unmittelbare Nähe. Was eine Stinneskoalition schon in Preußen bedeuten würde, das zeigt handgreiflich die Breslauer Rede Seberings. Jetzt gilt es für die Arbeiterschaft insgesamt — der Eintritt der Sozialdemokraten in eine preußische Regierung mit Stinnes geht die gesamte Arbeiterschaft an —, ihr Veto einzulegen.

Der Henker steht vor der Tür . . . !

Kabinettsrat bei Wirth.

Reichsminister Dr. Wirth ist heute früh aus Baden nach Berlin zurückgekehrt. Um 11 Uhr begann unter seinem Vorsitz ein Kabinettsrat, in dem die ober-schlesischen Fragen und die preußische Kabinettskrise zur Sprache kommen dürften.

Die Unternehmeroffensive in Deutschland.

Deutschland wird gegenwärtig von großen wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterklasse erschüttert. Streiks und Aussperrungen flattern auf allen Enden des Reiches auf, in der Metallindustrie, in der Holzindustrie, im Baugewerbe, im graphischen Gewerbe — kein Industriezweig, der von der Streikwelle nicht ergriffen wird. Es ist nicht die erste Erschütterung, die Deutschland durchlebt. Viele gingen ihr voraus. Was jedoch die gegenwärtige Streik- und Aussperrungsbewegung in Deutschland von den vorhergegangenen unterscheidet, das ist einmal die Festigkeit und Zähigkeit der kämpfenden Parteien, zum andern der ganze Charakter der Bewegung überhaupt.

In den Juli- und Augusttagen zeigte der Kurs der deutschen Mark eine steigende Tendenz. Die Unternehmer antworteten darauf mit der Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Sie stießen jedoch dabei auf den Widerstand der Arbeiter und Angestellten. — Durch den mittlerweile erfolgten Sturz der Mark und die damit verbundene Entwertung des Geldes senkte sich natürlich auch der Reallohn, so daß praktisch auf diese Weise sommers ein Lohnbruch eintrat. Die Unternehmer schenkten fortan der Entlohnungsfrage weniger Bedeutung, versuchten aber dafür verschärfte Ausbeutungsmaßnahmen durchzuführen. Es begann eine allgemeine Kampagne gegen den Achtstundentag, die Akkord- und Prämiendarbeit usw. — Die Antwort der Arbeiterschaft war: Ausgleich der Löhne entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung.

Zwei Wellen lassen sich in der gegenwärtigen Bewegung deutlich unterscheiden, denen zweifellos eine größere und gewaltigere dritte Welle folgen wird. — Den Anfang machten kleinere lokale Kämpfe, deren Inhalt in den allermeisten Fällen bloße Lohnforderungen waren. Sofort marschierte das gesamte Unternehmertum geschlossen auf, und es gelang ihm in vielen Fällen, die kleineren Trupps der Arbeiterschaft geschlagen wieder in die Betriebe zu bringen.

Die Unternehmer gingen daraufhin auf der ganzen Linie zum Angriff über. Zunächst fühlten sie vor. Kleinere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Schikanen gegen die Vertrauensleute der Belegschaften, Versuche, die Akkord- und Prämiendarbeit wieder einzuführen, — das waren die ersten Provokationen der Arbeiterschaft gegenüber. Wo sich die Arbeiterschaft dagegen wehrte, wurde sie rücksichtslos ausgesperrt. Die Aussperrung in der chemischen Industrie, auf den Werften und in der Thüringer Metallindustrie waren die ersten Stappen. Sie endeten mit einer vollen Niederlage der Arbeiter und Angestellten. Diese mußten unterliegen, weil die Gewerkschaftsführer alles aufboten, sie zu „lokalisieren“. Im Stiche gelassen von der übertrauen Arbeiterschaft wurden die Vortrupps in den einzelnen Bezirken von der geschlossenen Unternehmerfront geschlagen; es blieb ihnen nichts übrig, als die Unternehmerbedingungen zu schließen.

Die Bourgeoisie gewann durch ihre Siege über das Proletariat neuen Mut, der ebendrin noch gestärkt wurde durch die Maßnahmen der Regierung. Die Unternehmerwünsche sollen gesetzlich verankert werden. Zu diesem Zweck veröffentlicht die Regierung Gesetzentwürfe, die den Achtstundentag beseitigen, dem Proletariat das Streik- und Koalitionsrecht nehmen, die gesetzlich gewährleistete Sonntagsruhe wieder aufheben, die Gewerkschaften zu staatlichen Unterstufungsstellen herabwürdigen und die Arbeitslosenunterstützung durch Staat und Gemeinden beseitigen. Noch ehe die Entwürfe der Regierung Gesetz geworden sind, verwirklicht das Unternehmertum praktisch alles das, was die Gesetze enthalten sollen. Es durchbricht in den verschiedenen Industrien, z. B. in der chemischen, Eisen- usw. Industrie den Achtstundentag durch Einführung der 56-Stundenwoche, ja, sogar — bei der Schwerindustrie Löffler und Rannesmann — durch Einführung der 60-Stundenwoche. Als auch die Arbeiterschaft darauf wenig reagiert, bedenken die Unternehmer offen ihre Ziele auf. In den Zeitungen der Schwerindustrie wird Propaganda gemacht für die Uebergabe der verstaatlichten und kommunalen Unternehmungen an die Privatindustrie. Selbst Staatssekretäre aus dem Reichsverkehrsministerium setzen sich dafür ein. Während so der Boden für die Stinnes-Scheidemann-Regierung wirtschaftlich vorbereitet wird, stellt sich prompt ein Interviewer (Ausfrager) bei Stinnes ein, ein Korrespondent des „Tempo“, dem Stinnes offen sein Programm verkündet: „Abbau der marxistisch-sozialistischen Experimente“ (Nes: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen!), „Ersparnisse im öffentlichen Dienste“ (Nes: Stinnesierung der Eisenbahn, der Post und kommunalen Betriebe, Entlassung hunderttausender Arbeiter und Angestellten, Reduzierung usw.) und endlich die berühmte „starke Hand“ (Nes: Militarisierung Deutschlands).

Noch steht die Arbeiterklasse im allgemeinen dieser systematischen Unternehmeroffensive passiv gegenüber. Sie erkennt die drohenden Gefahren noch nicht, weil diese einmal Schritt für Schritt von Staat und Unternehmertum ergriffen werden, zum andern, weil sich die ganze wirtschaftliche Entwicklung vollzieht unter großem nationalem Kommando wegen der Oberschlesienfrage. Während

Arbeiter, duldet nicht die Auslieferung von revolutionären Kämpfern an die spanische Mörderregierung.

Zu. Berlin, 2. November.

Künftig wird beständig mitgeteilt, daß hier zwei spanische Staatsangehörige, die des Mordes an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Eduardo Dato beschuldigt sind, verhaftet wurden: Luis Nicolau Fort und Lucia Joaquina Concepcion. Die Verhaftung erfolgte am 29. Oktober, wurde aber von der Berliner Polizei geheimgehalten, da man weiteren Beteiligten auf die Spur zu kommen hoffte. Die Verhafteten gehören spanischen Syndikalistenkreisen an. Sie hielten sich nach der Mordtat in Barcelona, später in Paris auf. Von dort begaben sie sich nach Berlin, wo sie am 2. Oktober eintrafen. Die spanischen Behörden wurden sofort unterrichtet. Die Verhaftung erfolgte in der Wohnung eines Kommunisten, der in Reutlingen wohnt. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhafteten ausgeliefert werden.

Der spanische Ministerpräsident Dato, der im Februar d. J. getötet wurde, war einer der schlimmsten und blutigsten Arbeiterquäler des weißen Spaniens. Seine Ermordung wurde mit Freuden von dem gemarterten spanischen Proletariat begrüßt. Obwohl die Kommunistische Partei Spaniens, entsprechend unseren Grundsatzen, den individuellen Terror als unzweckmäßig ablehnt, schüßte sie die anarchistischen und syndikalistischen Genossen mit aller Macht vor dem Wüten des weißen Terror. Es ist eine unerhörte Provokation, daß die benachteiligte Abteilung Ia, die die Garais- und Erzbergermörder angrenzender Länder läßt, sich am Mordrecht für politische Flüchtlinge vergreift. Wie uns spanische Genossen in Berlin heute morgen mitteilen, soll sogar die Auslieferung der beiden spanischen Revolutionäre bevorstehen. Die Arbeiterschaft darf diese Schändung ihrer Ehre und ihres Vertrauens als revolutionärer Stammtrupp unter keinen Umständen dulden. Wir fordern sofortige Freilassung der beiden Spanier. Wir werden uns mit dieser Forderung auf dem Papier nicht begnügen, falls die politische Polizei es wagen sollte, Fort und Concepcion der spanischen Gerechtigkeit zu überliefern.

In Schweden hat Rapp zur Freude der deutschen Regierung Mordrecht. Ehrhardt hat es in Oesterreich, Oberst Bauer in Ungarn. Aber proletarische Kämpfer werden von Land zu Land gejagt und von der internationalen Bourgeoisiepolizei in die Kerker gesperrt. Die Arbeiter werden nicht dulden, daß

in ihrer eigenen Sache ein Fall Sacco und Vanzetti geschaffen wird. Heraus mit den beiden Gefangenen!

Ein neue Polizeiaktion Hörfings.

Halle, 1. November.

Der Preussische Untersuchungsausschuss hat so furchtbare Schandtaten der Schupo in Mitteldeutschland enthüllt, daß selbst bürgerlichen Blättern die Schamröte kam. Doch der sozialdemokratische Oberpräsident Hörfing gefiel nach neuen Selbentaten. Vorige Woche wurde die Landgenbarmerie im Mansfelder Land neu bewaffnet und am Sonnabend wurden in Eisleben drei Hundertschaften der Schupo mobilisiert. Eine Hundertschaft rückte frühmorgens aus, um alle Zugangstraßen nach Eisleben zu besetzen und umliegende Orte zu beobachten. Eine zweite Hundertschaft verteilte sich auf „Sperrkreuzer“ der Stadt Eisleben, um alle fe und veranlassete Haus-suchungen nach „Waffenlagern der roten Armee“, während eine dritte Hundertschaft in Marmbergerschaft liegt. In die Wohnungen aller im Funktionsbereich lebenden Kommunisten drangen Kommandos von je acht bis zehn Mann ein. Die Genossen Schaber, Maurer, Feuerkranz und der Unterbezirkssekretär Wittrecht wurden verhaftet. Alles wurde ausgeplündert, doch fand man keine Waffen. Alle kommunistischen Broschüren, Korrespondenzen und Mitgliedschaftsverzeichnisse sowie alle Akten des Parteisekretariats und selbst Exemplare des „Klassenkampfes“ wurden beschlagnahmt. Aber die „neuen Pläne für einen gewalttätigen Umsturz“, nach denen die Spitze der Schupo gieren, fand man nicht.

Vor aller Welt steht nunmehr fest, daß die „Polizeiaktion“ im März eine wohlangelegte Provokation gegen die Arbeiter war. Hörfing aber unternimmt neue Selbstzüge gegen die schwerkriegsgeprüfte mitteldeutsche Arbeiterschaft. Führt der mehrheitssozialistische Oberpräsident Hörfing sich schon als Würdenträger der Stinnesregierung? Will sich Hörfing bei seinem neuen Herrn beliebt machen?

Ein Mörder in Uniform freigesprochen.

Der Bormörder meldet aus Halle:

„Eine der Gewalttätigkeiten von Schupo-Beamten während der mitteldeutschen Würgereien hat durch unsere Zeitschrift eine öffentliche „Sühne“ gefunden. Der Schupo-Beamte Meiser, der den kommunistischen Arbeiterführer Meiser aus Osnabrück auf dem Transportweg nach Halle — wie Böhmer merkwürdiger Schmeißel — erschossen hatte, ist vom höchsten Schupo-Richter freigesprochen worden.“

das Proletariat mit dem Unrechtszentrum besessen gemacht wird, legt das Unternehmertum auf wirtschaftlichem Gebiete die Sklavenketten immer enger um seinen Leib.

Nach alledem entsteht der Eindruck, als sei das Proletariat Deutschlands völlig apathisch und ergebe seinen Feinden gegenüber. Das ist indessen nur Schein. Tatsächlich ist innerhalb der organisierten Arbeiterkreise eine wachsende Gärung vorhanden, wenn auch noch unbewußt, ohne Ziel und Richtung. Diese Gärung ist einmal das Produkt des Bankrottes aller Institutionen in bezug auf die Demokratie und Arbeitsgemeinschaftspolitik. Zum andern ist sie das Resultat des durchdringenden Druckes, den schlechte Löhne, direkte und indirekte Steuern usw. auf die Lebenshaltung des Proletariats ausüben. Hinzu kommt noch die dunkle Ungewissheit über die kommenden Dinge. In dem Maße, wie die oben genannten treibenden Faktoren zur Unzufriedenheit der breiten Massen neigen, in demselben Maße wird auch die Gärung bewußtere Formen annehmen. Schon meldet sich die dritte Welle der Streikbewegung in Deutschland an. Die mitteldeutschen Eisenbahner beschließen fast einstimmig den Abwehrstreik gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, für den Achtstundentag, für die weitere Verstaatlichung des Verkehrs wesens. Nur mit großer Mühe gelang es den Gewerkschaftsführern, den Streik noch einmal hinauszuschieben. Hier schon zeigt sich klar der Charakter, den die weitere Streikwelle annehmen wird. Waren es zuerst Lohnkämpfe, so werden es mehr und mehr Kämpfe um die Erhaltung der bisherigen Ertragsverhältnisse des Proletariats. Die wachsende Geldentwertung und die neuen großen Steuern werden diese Kämpfe nur noch verschärfen und umfangreicher gestalten. Die Situation in Deutschland ist kurz folgende: Mit Hilfe der Menschewisten und Gewerkschaftsführer ist es der Bourgeoisie gelungen, sich politisch zu festigen, den Staat wieder vollkommen in die Hand zu bekommen. Jetzt geht die Bourgeoisie daran, sich wirtschaftlich ebenfalls zu festigen. Natürlich wieder auf Kosten des Proletariats. Im Innern jehen wir Angriffe auf den Achtstundentag, Lohndruck, Provokation der Arbeiter und Angestellten, Angriffe auf das Koalitionsrecht, kurzum: ungeborene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. International versucht die Bourgeoisie wirtschaftliche Bündnisse mit Frankreich und England zu schließen, zur gemeinsamen Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse (siehe Wiesbadener Geschäft und England-Abkommen).

So zeichnet sich immer klarer für die deutsche Arbeiterbewegung die Zukunft. Noch geben sich die Gewerkschaftsführer und Menschewisten alle Mühe, die Gärung der Arbeitermassen abzumähen. Ihre Presse ist voll müßiger Beschimpfungen aller Revolutionäre und besonders Sowjetrußlands. Die Seele hat zunächst versungen. Daher der jetzige ungewisse Gärungsstand ohne Ziel und Richtung. — Indessen, die Verhältnisse werden härter sein als Lügen und Verleumdungen. Sie werden das Proletariat dahinreißend, wovor es vorläufig noch zurückbeugt: Auf den Weg des revolutionären Klassenkampfes.

Politische Uebersicht.

Was will die USPD?

Crispian über die sozialistische Regierung.

In einem Artikel der „Freiheit“ vom Sonntag morgen wendet sich Crispian gegen den Nationalismus der SPD. Er klagt die Sozialdemokratie an, daß sie den Boden des internationalen Klassenkampfes verlassen und seit dem 4. August 1914 tatsächlich im Schlepptau der nationalpolitischen Bourgeoisie jage. Er spricht von der tiefen Klüft, die zwischen revolutionären Sozialisten und der SPD sich ständig wieder auftue.

Es ist gut und schön, daß Crispian revolutionär spricht und schreibt. Wo aber bleiben die Taten der USPD? Befindet sie sich nicht im Schlepptau der SPD? War die USPD nicht bereit, in eine Koalitionsregierung mit Demokraten und Zentrum einzutreten, wenn diese zustimmten? In der Eintritt in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien mit der Forderung des revolutionären Klassenkampfes in Einklang zu bringen? Crispian selbst verneint das in seinem Artikel auf das Entschiedenste. Er hält es für notwendig und möglich, daß das Proletariat die Macht ergreife:

In dem kapitalistisch hoch entwickelten Deutschland ist das Proletariat ökonomisch und politisch ein derart harter Faktor, daß sich ihm gegenüber keine kapitalistische Regierung behaupten kann. Wehr: das Proletariat könnte je-

den Tag die Macht ergreifen und festhalten, wenn es geschloffen und zielbewußt wäre. Diese unvermeidliche Vorbedingung muß sich das Proletariat nicht zuletzt auch durch eigene bittere Erfahrungen erst noch schaffen. Das kann durch besondere politische Ereignisse rascher geschehen, als mancher annehmen mag. Aber nicht nur eine rein kapitalistische Regierung ist in Deutschland für die Dauer nicht mehr möglich, sondern auch eine kapitalistisch-sozialistische Regierung muß in einiger Zeit immer wieder scheitern, und zwar an dem unmöglichen Versuch, die Klassengegensätze im deutschen Klassenstaat auszugleichen.

Wir wollen den USPD-Arbeitern nicht verhehlen, daß die Neuerungen Crispians in einem ausgesprochenen Gegensatz zu den Auffassungen der „Freiheit“ während der letzten Wochen steht. Die „Freiheit“ begrüßte das neue Koalitionskabinett Birth als „die notwendige Lösung“; die USPD-Fraktion hat diesem Kabinett die Unterstützung zugesagt; sie hat es abgelehnt, aus kleinlichem Parteigegensatz, mit uns gemeinsam die Massen zum Kampf gegen jede bürgerliche und Koalitionsregierung aufzurufen.

Was will die USPD eigentlich? Crispian will revolutionären Klassenkampf und sozialistische Regierung. Ledebour aber lobt in Paris den Bürger Birth, weil er dann und wann mit einem freundlichen Sprüchlein sich an das Proletariat zu wenden pflegt. Ist Birth auch Klassenkämpfer? Heißt Birth und seine Koalitionsregierung sitzen, auf dem Boden des Klassenkampfes kämpfen? Crispian erklärt den Arbeitern gegenüber die Koalitionsregierung Birth „als unmöglichen Versuch, die Klassengegensätze im deutschen Klassenstaate auszugleichen“, aber, auf parlamentarischen Boden gelangt, stützt diese Regierung derselbe Crispian, der noch eben in seinem Sonntagartikel ihren Tod verkündete.

Können Arbeiter solche taktischen Kunststücke verstehen? Können Arbeiter eine solche unklare und schwankende, wenn nicht gar unehrliche Politik billigen? Kein Bündnis, auch kein heimliches, mit der Bourgeoisie! — die jetzige Politik der USPD ist ein heimliches Bündnis mit einem Teil der Bourgeoisie! — alle proletarischen Kräfte gesammelt, um die Vorbedingungen zu schaffen für die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat! Das ist die Lösung, unter der alle Arbeiter, ganz gleich welcher Partei, sich in den bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zusammenfinden können und müssen.

Severing für das Zusammengehen mit der Sinnespartei.

In einer Breslauer Mitgliederversammlung der SPD sprach Severing über die Fragen der Regierungsbildung.

Er wies darauf hin, daß das Programm der jetzigen Regierung Siegerwahl sich nur wenig von den Regierungserklärungen der früheren preussischen Koalitionsregierung, an der die Sozialdemokraten beteiligt waren, unterschiede. Im Gegensatz zu den Worten ließen aber die Taten des Siegerwahl-Kabinetts sofort eine scharfe Wendung des Kurzes verspüren. Jetzt sei die Sachlage so, daß man an eine Umwidmung der preussischen Regierung in der allernächsten Zeit denken müsse. Die Sozialdemokratie müsse sich an den Gedanken gewöhnen, gleichzeitig mit der Volkspartei in die preussische Regierung einzutreten.

Die Volksparteiler hätten zwar in diesem Augenblick die Sozialdemokraten wegen ihrer Haltung in der oberschlesischen Frage als nicht national verlegt und sich selbst dadurch stündlich gemacht, aber man wisse wohl auch in den Kreisen der Volkspartei ganz genau, daß es sich hier mehr um eine agitatorische Wendung handle. Durch den Verlust des obereschlesischen Gebietes sei eine Mehrheit der alten Koalition im Landtag wahrscheinlich verloren und die Unabhängigen seien als Bundesgenossen leider nicht zureichend. Gerade für die nächste Zeit händen in Preußen wieder Entscheidungen bevor, wie die Verabschiedung der wichtigsten Gesetze für die kommunale Selbstverwaltung und die großen Verwaltungsreformen, Fragen, in denen ein Zusammengehen mit der Volkspartei möglich und notwendig sei, gegenüber dem Interesse der Deutschnationalen, die alten Zustände zu konservieren. Außerdem drohe eine Welle der Arbeitslosigkeit. Auch hier könne für den Fall von Unruhen das wichtige Juaceministerium nicht einem bürgerlichen überlassen bleiben. Es gelte im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, sich mit aller Kraft zur Verfügung zu stellen. Wenn jetzt die Sozialdemokraten, trotz der letzten Zuspöherung Stegerwalds, wieder von der preussischen Regierung wegeandriert werden sollten, dann allerdings müsse die Sozialdemokratie zeigen, daß sie auch in der Opposition eine Macht sei und das gegen ihre

parlamentarische Aktion kein Gesetz in Preußen fertiggestellt werden könne.

Zu der Diskussion fand Seberings Anschauung großen Widerstand.

Die Sozialdemokraten müssen also nach Seberings Anschauung mit der Volkspartei zusammengehen. Daß die SPD-Führer im Grunde mit Sinnes alles anders werden tun müssen, als den Arbeitlosen helfen, daß muß jeder Arbeiter verstehen. Wie sich endlich Sebering die Rolle eines sozialdemokratischen Ministers bei „Unruhen“ vorstellt, zeigt seine Tätigkeit im März dieses Jahres.

Sie waren schon einig.

Auf einer Zentrumsstagung in Elberfeld hat der Zentrumsführer, Senatspräsident Marx, ausführlich über die letzte Krise gesprochen, insbesondere über die Versuche, die große Koalition zu schaffen. Er erklärte:

„Am Montag, den 24. Oktober, trafen abends 6 Uhr die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Mehrheitssozialisten, der Demokraten und des Zentrums beim Reichspräsidenten zusammen. Wir wollten hier über die Antwort auf das Genfer Diktat beraten. Um 8 Uhr waren wir schon einig, wenn auch die gefundene Formel etwas verwickelt war. Die Vertreter sagten einander zu, ihre Fraktionen zur Zustimmung zu der verabredeten Formel zu gewinnen. Präsident Ebert wollte nun auch noch die übrigen Fragen erledigen. Es gedauert anderthalb Stunden, um zur Personenfrage des Kanzlers Birth Stellung zu nehmen. Alles verließ in vollster Einigkeit.“

Die Bildung der großen Koalition ist dann nur an dem Widerstande der Deutschen Volkspartei gescheitert. Sonst war man sich einig. Das ist die zweite Erklärung nach der Births, aus der hervorgeht, daß die SPD-Führer den Pakt mit der Sinnes-Partei bis ins kleinste vereinbart hatten. Sie haben sich bis heute noch nicht dazu geäußert.

Stimmt es? Heraus mit der Sprachel! Die Arbeiter haben ein Recht, zu wissen, wie um ihr Leib und Leben gespielt worden ist.

Hergt für die große Koalition.

Auf dem Parteitage der Deutschnationalen Hessens erklärte Hergt:

„Mit Stolz stelle er fest, daß die Deutsche Volkspartei in diesen Tagen Seite an Seite mit den Deutschnationalen marschiere. Die Deutschnationalen würden es begrüßen, wenn es einer Koalition der Mitte von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei gelänge, uns aus dem Sumpf herauszuführen; aber man könne Zweifel an diesem Gelingen haben.“

Die Deutschnationalen sind also Feuer und Flamme für die große Koalition. Das enthüllt den wahren Charakter der Sinnes-Koalition, als der rücksichtslosen Herrschaft aller jener Mächte, gegen die sich die Arbeiter nach der Ermordung Erzbergers erhoben hatten.

Die gegenrevolutionären Banden in Oberschlesien rühren sich.

Dem deutschen Botschafter in Paris wurde folgende Note der Botschafterkonferenz übermittelt:

Die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz ist auf die Gefahren hingelenkt worden, die der Eintritt landfremder Personen nach Oberschlesien für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Lande haben könnte. Die Konferenz ist überzeugt, daß die Ruhe, die augenblicklich im Abstimmungsgebiet herrscht, deren Fortdauer von so großem Wert ist, nicht gefährdet werden wird, wenn keine von außen hereingetragene Aufregung die Bevölkerung dazu treibt, von ihrer Haltung abzugehen.

Die Botschafterkonferenz glaubt, daß es die Pflicht ihrer Regierung ist, auf ihrem Gebiet und ganz besonders in den Teilen, die an das Abstimmungsgebiet angrenzen, für eine tätige Ueberwachung zu sorgen, um das Eindringen von Elementen nach Oberschlesien zu verhindern, die die Ruhe stören könnten. Unter diesen Umständen würde die Konferenz Ihre Regierung als in hohem Maße verantwortlich betrachten, wenn Unruhen in Oberschlesien von Leuten, die aus dem deutschen Gebiet kommen, gefördert würden. Im Namen der Botschafterkonferenz habe ich die Ehre, Sie zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen.

Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Organe abzuhandeln werden, die Entscheidung über Oberschlesien als Verhandlung zu neuen Abenteuern zu benutzen.

Ebenso werden die polnischen Nationalisten, denen die-

Die Ziele der Werbeweche.

Von Fritz Heckert

Unter der Losung: „An die Massen heran“ bietet die Kommunistische Internationale in der Woche vom 3. bis 10. November alle ihre Mitglieder an, um die großen, breiten, vom Kommunisten noch nicht berührten Massen der Proletariat in Stadt und Land anzuzutreten für den großen Kampf, den das Proletariat zu führen hat für seine Befreiung. Zum ersten Male unternimmt die Kommunistische Internationale die Mobilisation aller Kräfte für einen gewaltigen Propagandefeldzug, der sich erstrecken soll über alle Teile der Erde, in denen unterdrückte Proletariat unter den Fesseln ihrer Unterdrücker jenseits. Die „herrlichen Zeiten“, die den Arbeitern in den großen kapitalistischen Ländern für ihre Teilnahme zur freien Verfügung des Besitzergewaltens versprochen wurden, machen sich dem Arbeiter täglich bewußter bemerkbar. Eine Reihe unethischer Arbeitslosigkeit, eine bis zum Wahnsinn gesteigerte Leterung der wichtigsten Lebensmittel und die fortgesetzte Gefährdung des Arbeiterlebens sind die Ergebnisse der Politik der Kapitalistenklasse für die Arbeiter. Gegen sich die Arbeiter zur Wehr, versuchen sie die Verteidigung ihres Lebens zu organisieren, greifen sie zu der Sprache des Streiks, haben sie sich in Demonstrationen und Reizeaktionen zusammen, so tritt ihnen die bewußte Sozialistische Bewegung entgegen und schlägt die Arbeiter mit allen Mitteln der Gewalt und Tücke wieder und nennt dazu überdies noch diesen Kampf als „Arbeiterkampf“, „Kampf des Reichs“ und „Eigentümlichkeit der Ordnung“. In den verschiedenen Ländern haben einzelne Arbeiterführer diese Maßnahmen der Bourgeoisie systematisch unterbunden, so in manchen Ländern erst möglich gemacht. In unserer Werbeweche kommt es nun darauf an, den Arbeitern zu beweisen, daß in der Beschaffung der bisherigen, von den Arbeitern gebildeten kapitalistischen Staat- und Wirtschaftspolitik der Untergang der Arbeiterklasse und des menschlichen Lebens gegeben ist. Unsere Werbeweche kann darum in keinem Zweifel gesetzt werden zu den Werbewechen, die die sozialdemokratischen

Parteien in früheren Jahren oder auch gegenwärtig führen zur Gewinnung neuer Parteimitglieder oder Zeitungleser. Allerdings wird auch in unserer Werbeweche darauf Bedacht gelehrt, den kommunistischen Parteien neue Mitglieder zu gewinnen und den Arbeiterstand der kommunistischen Zeitungen in größtem Umfang zu erweitern. Eine zahlenmäßig starke Parteiorganisation und eine weitverbreitete kommunistische Presse sind absolute notwendige Vorbedingungen für den proletarischen Sieg. Die Verwirklichung der Parteimitgliedschaft an Mitgliederzahl kann aber nicht das einzige, was in der Werbeweche erreicht werden soll. Die Zusammenfassung der kommunistischen Partei muß an Qualität eine ganz andere sein als die der sozialdemokratischen Parteien. Die kommunistischen Parteien sind Parteien der Tat. Ihre Mitglieder müssen die Fähigkeit gewinnen, schließlich bereit zu sein zum höchsten Opfer für die proletarische Sache. Die kommunistischen Parteien können nicht erst innerhalb ihres Rahmens mit der Anbahnung und Einwirkung des Proletariats für den proletarischen Klassenkampf beginnen. Diese Arbeit muß in der Handfläche schon in der Proletarierklasse außerhalb der Partei begonnen werden; d. h. in die kommunistische Partei sollen die Proletarier aufgenommen werden, die schon einen höheren Grad von politischer Festigkeit, Kampfbarkeit und unerschütterlichem Wert im proletarischen Sinne besitzen. Dem ist es gelehrt, daß es in unserer Werbeweche wesentlich darauf ankommt, die Partei mit den breiten proletarischen Massen geistig zu verbinden, und zwar in, daß diese außerhalb des politischen Lebens und der kommunistischen Partei lebenden Arbeiter erkennen lernen, daß die kommunistische Internationale die wahre Führerin in allen ihren Lebensnerven ist.

Den Blick auf das große Ziel des Kommunismus gerichtet, müssen unsere Propagandisten an die Massen herantreten und aufzuwecken an die täglichen Sorgen und die des Arbeiters — die Richtung des Weges zeigen, der aus der kapitalistischen Sklaverei herausführt in die wahre soziale Freiheit. Denn der Kampf um das Erziel des Kommunismus organisiert sich nur in

großen allgemeinen Kampf gegen die Räte des täglichen Lebens. Der in geistiger Enge lebende Proletarier ist außerstande, von ungenügend zu begreifen, daß der Kampf zu seiner Befreiung aus diesen Räten auszuweichen muß in den Kampf zum Sturz des Kapitalismus und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Für den einfachen Arbeiter, der aufgewachsen in der kapitalistischen Unterdrückungsordnung, nicht begabt mit politischem Sinn, vor den großen Problemen seines eigenen Arbeiterlebens steht, ist das kommunistische Ziel so ungenügend groß, daß er es mit seinem Kopf nicht zu fassen imstande ist und seine Verwirklichung, messend mit der eigenen Intelligenz, für unerreichbar, also utopisch hält. Der Arbeiter wird nur lernen den Kampf um das kommunistische Ziel mit aller Rücksichtslosigkeit zu führen, wenn er in den Kämpfen um seine Erhaltung die Erfahrung macht, daß ihn das Sinkengericht keiner Reformen nicht befreien kann von der Notwendigkeit, den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse fortzusetzen in breiterer Form und mit größeren Mitteln. Den Arbeiter in diesen unvermeidlichen Kämpfen zu führen, damit er sich leichter orientieren kann und weniger Niederlagen erleidet, ist die Aufgabe der kommunistischen Partei. Wir werden also in der Werbeweche, wenn wir in den Versammlungen sprechen, wenn wir an den Versammlungen mit den Arbeitkollegen reden, wenn wir in den Zeitungen schreiben, wenn wir als Agitatoren von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung pilgern, unseren lebenden und bedrückten Klassen-genossen sagen, was zu tun ist, um mit Erfolg den Kampf gegen die täglichen Räte aufzunehmen. Das kann uns nicht schwer fallen. In den letzten Wochen hat die Weltwirtschaftskrise sich in allen Ländern verschärft und für alle Arbeiter zunehmendes Leid gebracht. Die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise äußern sich in den verschiedenen Staaten verschieden. In dem einen Lande durch zunehmende Arbeitslosigkeit, in dem anderen durch rasches Anwachsen der Leterung oder durch Beides. Die Kapitalisten versuchen die Folgen der Weltwirtschaftskrise von ihrem Besitz abzuwenden und sie auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Es ist ein leichtes, den Arbeitern diese Zusammenhänge klar zu machen. (Schluß folgt.)

Der weiße Terror in Mitteldeutschland.

Die Erschießungen in Besenstedt. — Der Mord von Klostermansfeld.

Fortsetzung

des demographischen Berichtes des Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages über die Märzaktion in Mitteldeutschland aus der letzten Nummer unseres Blattes.

Zeuge Kommissarischer Amtsvorsteher Schaar aus Besenstedt.

Vors.: Sie sollen vernommen werden über die Erschießungen, die nach dem Gefecht von Besenstedt stattgefunden haben. Das Gefecht von Besenstedt war am 1. April. Haben Sie gesehen, daß dort Erschießungen von Gefangenen vorgenommen wurden? Zeuge: Nein. Vors.: Haben Sie gesehen, daß Gefangene nach dem Gefecht eingebracht wurden? Zeuge: Ja. Die Gefangenen wurden auf's Auto geladen. Ich ging zurück und wurde geholt; man sagte mir, ich sollte ans Ende des Dorfes kommen. Ich sah dort 2 Tote liegen. Wie sie zu Tode gekommen sind, weiß ich nicht. Vors.: Es ist wohl nicht wahrscheinlich, daß sie im Gefecht gefallen sind? Zeuge:

Nach Wahrnehmungen, die ich gemacht habe, wohl nicht. Es ist gesagt worden, daß sie nach dem Gefecht erschossen worden sind. Vors.: Haben Sie Schüsse gehört? Zeuge: Ja. Vors.: Wie lagen die Leichen. Zeuge: An der Straße. Vors.: Haben Sie die Richtung der Schüsse an den Leichen gesehen? Zeuge: Ich habe nicht darauf geachtet, weil ich beschäftigt war. Ein gewisser Thielde lag mitten im Dorf. Vors.: Ist Thielde im Kampfe gefallen? Zeuge: Der soll mit einer Waffe angetroffen worden sein, wie mir gesagt worden ist. Vors.: Hat er Widerstand geleistet? Zeuge: Das weiß ich nicht. Der Kampf hat am Ende des Dorfes stattgefunden. Ich habe die Schupo ans Ende des Dorfes gehen sehen. Vors.: Waren die Aufständischen im Dorfe? Zeuge: Sie sind aus dem Dorfe hinausgetrieben worden. Die Aufständischen kamen nachts durch das Dorf. Vors.: Um wieviel Uhr ist die Schuppolizei gekommen? Zeuge: Auch nachts. Vors.: Waren die Aufständischen während des Gefechtes zum Teil noch im Dorfe? Zeuge: Ja. Ich habe doch Gefangene im Auto gesehen. Vors.: Haben die Aufständischen hinter den Häusern herabgeschossen? Zeuge: Das soll geschehen sein. Vors.: Haben Sie als Inhaber der Volkseigenschaft von Besenstedt Leute über die Erschießungen vernommen? Zeuge: Ja. Die Protokolle sind an die Oberstaatsanwaltschaft gegangen.

Nach den Aussagen habe ich den Eindruck, daß die Erschießungen nach dem Gefecht vorgenommen worden sind.

Abg. Kilian: Haben Sie auch Zeugenansagen bekommen, nach denen Leute auf der Flucht erschossen wurden? Haben Sie Anzeigen der Erschießung vernommen? Zeuge: Ja. Abg. Kilian: Können Sie uns mitteilen, was die Befunde haben? Zeuge: Das weiß ich nicht mehr so genau. Die Protokolle sind bei der Staatsanwaltschaft. Abg. Kilian: Möchten Sie uns nicht etwas genauer schildern, wo die Leichen aufgefunden wurden? Wenn ich Sie recht verstanden habe, am Ende des Dorfes? Zeuge: Am Wege nach dem Kalkschacht. (Der Zeuge überreicht eine Lagekarte von Besenstedt, die er selbst gefertigt hat. An der mit einem Kreuz bezeichneten Stelle haben nach Angabe des Zeugen die Leichen gelegen.) Kilian: Haben Sie das Bestreben der Leichen angetroffen? Zeuge: Das war Sache des Gemeindevorstandes. Ich habe erst am 23. April das Amt eines Kommissarischen Amtsvorstehers übernommen. Der Ausarabura der Leiche des Herzog habe ich beigegeben. Kilian: Können Sie uns schildern, wie die Leichen befestigt gewesen sind? Zeuge: Die Leichen sind regelrecht abgetötet gewesen ohne Sachen. Kilian: Von einem Augenzeugen wurde gesagt, die Leichen hätten alle durcheinander gelegen? Zeuge: Nein. In jeder Reihe haben hier gelegen.

Zeuge Lehmann, früherer Schupo-Wachmeister.

Vors.: Sie waren am 1. April in Besenstedt? Zeuge: Ja. — Vors.: Wie kamen Sie nach Besenstedt? — Zeuge: Ich war bei der Schuppolizei. Bei der ersten Hundertschaft Merzbura. — Vors.: Haben Sie das Gefecht von Besenstedt mitgemacht? — Zeuge: Ja. — Vors.: Sie haben das Gefecht mitgemacht. Haben Sie wahrgenommen, daß nach dem Gefecht Gefangene erschossen worden sind? — Zeuge: Ich hörte davon, daß vorher ein junger Mensch von Zeitfreiwilligen aus Halle erschossen und in die Saale geworfen sein soll. — Vors.: Schildern Sie, was Sie gesehen haben. Wo befanden sich die Zeitfreiwilligen. — Zeuge: Sie kamen in Halle zu uns und blieben, bis wir in Ruhe waren, bei uns. Bei der ersten und zweiten Hundertschaft Merzbura waren ca. 12 Mann. Zeuge schildert dann die Ausschreitungen des Leutnants von der Tann. Ein Sipomann wurde unterwegs von den Aufständischen als Geißel mitgenommen. Als er wieder zu uns kam, erzählte er, daß er bei den roten Truppen gut behandelt worden wäre.

Leutnant von der Tann nahm dabei an, daß er ein Spieß der Aufständischen sei und er wollte ihn deshalb erschießen lassen. Er gab dem Unterwachmeister Karpe und mir indirekt zu verstehen, daß wir ihn erschießen sollten. Er sagte zu uns: „Bringen Sie den Mann zum Hauptmann, gehen Sie den Hohlweg mit ihm entlang.“

Dabei machte er eine Bewegung des Abdrückens. Ich sagte, das tue ich nicht und ging zurück. Unterdessen kam der Unterwachmeister Förch mit dem Amtsvorsteher von Trebitz, den sie gefangen genommen hatten. Der Amtsvorsteher war vorher mit ihm handelt worden. Förch beschimpfte ihn sehr mit Nebenarten wie „Scheißkerl“ und ähnliches. Unterdessen schlug auch Förch den Sipomann, der erschossen werden sollte, mit dem Gewehrkolben auf die Hand. Da kam einer von der Hundertschaft hinzu, der den Sipomann wiedererkannte, darauf wurde er freigelassen und wieder als Kamerad behandelt. Darauf sagte Leutnant von der Tann, bringen Sie mir den Amtsvorsteher her. Trotzdem dieser keine Unschuld beteuern wollte, ließ sich Leutnant von der Tann auf nichts ein und ließ ihn kaum zu Worte kommen. Nach wenigen Minuten kam ein Arbeiter aus Trebitz und brachte 1000 M., die beim Amtsvorsteher gefunden sein sollten. Da sagten die Beisitzenden: „Sehen Sie, jetzt haben wir Sie ertappt.“ Jetzt müßte sich

ein dritter ein, der mußte wohl den Amtsvorsteher gut kennen. Darauf sprach Leutnant von der Tann mit einem Rittergutsbesitzer und einem Oberleutnant, die bei ihm standen, etwas, was ich nicht hören konnte, und dann sagte von der Tann, sie sollten den Amtsvorsteher zum Hauptmann bringen. Er sagte: „Sie wissen ja Bescheid. Sie gehen den Hohlweg durch.“ Dann machte er wieder die Handbewegung wie vorher. Darauf gingen die drei, Unterwachmeister Förch — der den Gefangenen inzwischen mit dem Gewehrkolben mißhandelt hatte — der Rittergutsbesitzer und der Oberleutnant weg. Ich konnte sie gut sehen, denn das Terrain war etwas tiefer. Ich sah dann, wie der Amtsvorsteher vorging, er drehte sich des öfteren um, dann blieb er auf einmal stehen und

in dem Augenblick wurde er heruntergeschossen.

Vors.: An welcher Stelle hat die erste Unternehmung stattgefunden? — Zeuge: Auf einem höheren Berge außerhalb des Dorfes. Ich könnte ungefähr angeben, wo der Mann erschossen wurde. — Vors.: Wer war alles auf dem Platze? — Zeuge: Die ganze Hundertschaft war dort gelagert. — Vors.: War der Rittergutsbesitzer aus Besenstedt? — Zeuge: Er muß wohl von dort gewesen sein. — Vors.: Erzählen Sie nochmals, wie war es mit den 1000 M. — Zeuge: Ein Arbeiter kam und brachte die 1000 M., die hatte die Frau des Amtsvorstehers im Hut gefunden. Es wurden dann noch weitere 2000 M. gebracht, die gefunden sein sollten. — Vors.: Was ist mit dem Geld geschehen? — Zeuge: Das nahm der Leutnant vollmer an sich.

Das sollte nach Anweisung von Halle unter der Hundertschaft verteilt werden.

Ich weiß jedoch nicht, was daraus geworden ist. — Vors.: Sie haben also genau gesehen, wie der Amtsvorsteher den Hohlweg hinabgeführt wurde? — Zeuge: Ja, er ging vor und die drei Mann gingen hinter ihm. Sie gingen ungefähr 20 bis 30 Zentimeter getrennt voneinander. — Vors.: Sie sagten noch von Zeitfreiwilligen, die einen Gefangenen in die Saale geworfen haben. Wo war das? — Zeuge: Ich kenne den Ort nicht. Es waren Tage vorher. Wir hatten einen Gefangenen, einen jungen blonden Menschen von etwa 18 Jahren. Wir machten vor einem Gasthaus halt und da wurde gefragt, wieviel Gefangene wir hätten. Wir sagten, einen. Leutnant von der Tann sagte, wir sollten ihn zeigen. Wir gingen dann in den Gasthof hinein. Ich erkundigte mich dann, wo der Gefangene geblieben ist und ich erhielt die Antwort:

„Mit dem sind die Zeitfreiwilligen weggegangen.“

Kollegen erzählten mir später, daß er erschossen und in die Saale geworfen sein soll. Ich hörte wohl einen Schuß, aber Kollege Richterberg sagte zu mir, ich solle ruhig sein. Der Schuß ertönte vielleicht 5 bis 7 Minuten später nach dem Befehl des Leutnants von der Tann: „Bringt ihn her.“ Zeuge gibt dann noch an, daß er am 1. Mai von der Schupo entlassen worden ist, als Grund wurde ihm angegeben, daß er sich „un-lameradschaftlich verhalten“ haben soll und als Schuppolizeibeamter nicht brauchbar wäre. Er führt als Grund seiner Entlassung an: „Eines Tages kam der Oberst von Boyßen. Der Wachmeister Dombrowski meiner Hundertschaft hatte wohl ihm gegenüber nicht die vorchriftsmäßige Haltung angenommen. Darauf sagte der Oberst: „Gute Mitteilung ist ein großer Scheißhaufen. Am nächsten Tage werde ich die Hundertschaft antehen.“ Ich sagte darauf zu dem Wachmeister: „Ich werde lieber nicht mitgehen, sonst könnte mich die Wut überkommen und ich könnte mich an ihn vergreifen.“

Für Sowjetrußland.

Das Reichskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland, Abteilung Kinderhilfe, kündigt dringend

200 Kinderbettstellen mit Zubehör für das Karl Liebknecht-Rosa Luxemburgheim in Sowjetrußland. Wir bitten alle Genossen, die eine Bettstelle abzugeben haben, auch gegen Vergütung, dies sofort der Sammelstelle für die Ruffenhilfe zu melden.

Ein Beispiel aktiver proletarischer Solidarität.

Die Belegschaft der Mannesmannwerke Düsseldorf (Abt. Wälzwerk) hat die Organisation der Ruffenhilfe für das Werk in eigene Hände genommen. Das System der Sammellisten wurde als ungenügend verworfen. Es sollen alle Belegschaftsmitglieder zur Hilfeleistung herangezogen werden. Eine 7-köpfige Kommission hat man gebildet, welche aus zwei Mitgliedern der freien Gewerkschaften, einem Christlichen, zwei Kirch-Dunderschen und zwei Syndikalisten besteht. Der nächsten Belegschaftsversammlung will man eine Resolution unterbreiten, wonach jeder arbeitende Kollege des Werkes 10 Mark zu zahlen hat. Für den Betrag wird ein großer Dampfschlus gekauft werden, welcher der Firma gehört und der den russischen Genossen geschenkt werden soll. Dieser gute Vorschlag wurde von einem christlichen Arbeiter gemacht. Wenn die Werksversammlung den genügenden Betrag dafür nicht aufbringt, soll die Sammlung auf den ganzen Mannesmann-Konzern, also alle angeschlossenen Werke ausgedehnt werden.

Neue Mehlmengen des holländischen Komitees für die Hungernden in Rußland.

Das Hilfskomitee der kommunistischen Partei Hollands für die Hungernden in Rußland hat heute schon über 500 000 Mark gesammelt. Mit dem Schiff „Völkund“, das in diesen Tagen Hamburg verlassen hat, gingen 50 000 Kilogramm Roggenmehl als erste Spende der holländischen Arbeiter nach Petrograd. Für das 7.-November-Schiff haben die holländischen Genossen 100 000 Kilogramm Roggenmehl geschickt. Sie geht der Vorsitzende des Komitees, Genosse Wynkoop, telegraphisch dem Auslandskomitee mitteilt, gehen weitere Partien von 150 000 am 30. Oktober, 100 000 am 2. November von Amsterdam direkt nach Stettin. Am 8. November soll eine vierte Sendung von 150 000 Kilogramm folgen.

Zeuge Schuhmachermeister Heinrich Feige aus Klostermansfeld.

Vors.: Was haben Sie über die Erschießungen wahrgenommen? Haben Sie die Erschießung des Ortsvorstehers Müller mitangesehen? Zeuge: Nein. Es durfte niemand die Straße passieren. Ich habe nachts im Dunkeln im Hotel „Deutscher Kaiser“, in dem die Sipo einquartiert war und das meinem Hause gegenüber liegt, beobachtet, daß Zivilpersonen dort hineingebracht wurden. Diese Leute kamen in den Saal. Dann ging ein Schupo, jedenfalls der Leutnant, die Treppe hoch. Später sah ich, wie der Leutnant aus dem Bett aufstand, sich anzog und herunterkam und Soldaten aus dem Saal holte. Das ist so gegen 12 oder 12 Uhr geschehen. Ein Feldwebel war dabei, der brachte mir morgens ein Paar Schuhe zur Reparatur. Er nannte sich „Fahnenstrieber“. Vors.: Wer war der Feldwebel? Zeuge: Das weiß ich nicht. Vors.: Sind Sie in der Sache bereits richterlich vernommen worden? Zeuge: Nein. Vors.: Wissen Sie, ob der Feldwebel Schneider hieß? Zeuge: Den Namen hat er nicht gesagt, er hat sich bloß Schuhe bei mir reparieren lassen. Er hat mir erzählt, daß die Schupo Düsseldorf ort seien. Vors.: Wie weit ist die Stelle, wo Müller tot aufgefunden wurde, von Ihnen entfernt? Zeuge: Vielleicht 600 bis 800 Meter, es ist etwa 10 Minuten zu gehen. Vors.: Wieviel Schupos sind mit Müller gegangen? Zeuge: Ungefähr 6.

In der Mitte ging Müller, an der Seite, vorn und hinten Schupos.

Müller hatte schon viel durchgemacht, das sah man ihm an. Vors.: Sie glauben nicht, daß Müller hätte davonlaufen können? Zeuge: Nein, das war nicht möglich, weil Müller von allen Seiten von Sipomanschaften umgeben war. Vors.: Woher rührte die Schwäche? Und wissen Sie, weshalb Müller verhaftet wurde? Zeuge: Das hat mir der Feldwebel erzählt. Er gab an, daß Müller schuld sei, daß die Zivilisten geschossen haben. Vors.: Wissen Sie, was Müller für eine Rolle gespielt hat? Zeuge: Ich weiß bestimmt, daß Müller jedes Schießen verboten hatte; es sollte sich keiner an dem Schießen beteiligen. Er war an den Kampfen gar nicht beteiligt, weil er sich mit den Rädelsführern geantzt hatte. Müller hat gesagt: es wird in Klostermansfeld nicht geschossen. Ursprünglich leitete er die Sache mit, beim Streik. Müller war Führer der Landarbeiter. Aber er hat gesagt: es wird nicht geschossen. Als dann die Kämpfe ausgebrochen waren, hat er die Führung aufgegeben.

Zeugin Frau Schuhmachermeister Bertha Feige aus Klostermansfeld.

Vors.: Ihr Mann hat uns bereits als Zeuge geschildert, daß Sie gegenüber dem „Deutschen Kaiser“, wo die Schupo ihr Quartier hatte, wohnen und die Vorgänge, genau beobachtet konnten. Was haben Sie wahrgenommen bei der Verhaftung des Ortsvorstehers Müller? Zeugin: Ich habe gesehen, wie Herr Müller gebracht wurde. Er wurde von rechts gebracht mit noch mehreren Zivilpersonen. Einzelne wurden von vorn ins Haus gebracht und einige nach links. Müller saßen sie draußen stehen mit dem Posten von der Sipo. Dann ging einer von den Sipoleuten die Treppe hoch in ein Zimmer, da wohnten zwei Chargierte. Der eine richtete sich im Bett hoch und machte sich fertig und kam dann die Treppe herunter; von links kamen mehrere Sipo, die sich noch vollkommen fertig anzogen. Dann kamen sie geschlossen heraus. Es waren etwa 5 oder 6 Mann. Sie nahmen Müller in die Mitte und führten ihn links ab. Weiter haben wir nichts. Ich fragte dann meinen Mann, was sie mit Müller vorhaben könnten. Er sagte mir, es wird das sein, was der Wachmeister heute nachmittag, als er sich bei uns Schuhe reparieren ließ, gesagt hat:

Wenn wir den Müller kriegen, dann hat seine letzte Stunde geschlagen.

Müller wurde also mit 5 oder 6 Mann abgeführt, die ihn in die Mitte genommen hatten. Müller selbst war sehr gebrochen. Er hatte sonst immer eine stramme, aufrechte Haltung, er war jetzt aber ganz zusammengesunken. Etwa eine halbe Stunde später haben wir Schüsse vernommen. Vors.: Sind Sie in der Angelegenheit gerichtlich vernommen worden? Zeugin: Nein. Ich habe aber eine Vorladung zum 3. November in Sachen gegen Schneider. Abg.: Haben Sie gesehen, ob Müller mißhandelt worden ist? Zeugin: Das weiß ich nicht. Ich habe nur gesehen, daß die anderen Gefangenen geschoben und getreten wurden.

Zeuge Polizeiwachmeister Gr. Volkland aus Klostermansfeld.

Zeuge: Ich bin bereits vom Staatsanwalt vernommen worden in Sachen Müller und es steht jetzt Termin zum 3. November an. Am ersten Tage, als die Schupo einrückte, ungefähr um 2 Uhr nachmittags, kamen 10 Mann zu mir, die mich auforderten mitzukommen; ich sollte sagen, wer der Macher der kommunistischen Partei war. Ich sagte, es seien drei gewesen, die uns Waffen weggeholt haben. Diese drei sind auch ermittelt worden. Abends wurden etwa 2 oder 3 Personen von der Schupo bei mir ins Amtsgelände eingeliefert. Abends gegen 3 Uhr wurden die Leute in meiner Wohnung im Besitze eines Hauptmannes vernommen. Diejenigen, die mir als einwandfrei bekannt waren, wurden sofort entlassen, die nicht einwandfrei waren, die selber zugaben, daß sie an dem Aufstande beteiligt waren, wurden in das Sammellager nach Teutschenthal transportiert. In der achten Stunde brachten sie Müller, wie mir meine Frau sagte. Zwei Mann brachten ihn in meine Stube. Müller lief der Angstschweiß an den Wangen herunter und er verlangte zu trinken. Er bekam etwas und wurde von dem Hauptmann kurz vernommen. Der Hauptmann sagte zu mir:

„Ich selbst kann gar nichts machen, das macht die Schupo.“ Zwischen 8 und 9 Uhr haben wir Müller in den Saal geführt. Ich bin dann gegangen. Er wurde kommandiert zum Kartoffelkochen. Vors.: Wissen Sie, ob Müller später noch einmal herausgebracht wurde? Zeuge: Nein.

(Fortsetzung folgt.)

Helft den russischen Brüdern und Schwestern!

Breslauer Nachrichten.

Die Unverschämtheit der Diensthoten.

Das Theater war brechend voll. Es gab etwas „Spiziales“, und es gehörte zum guten Ton, dann ins Theater zu gehen. Es war auch so angenehm, in den weichen Säulen vor Nahrung zu verweilen, das Abendessen schmeckte nachher noch einmal so gut. Und dann war es auch mal eine Abwechslung in den ewigen Konzerten und Opern und Operetten. Ja, und wie natürlich die Schauspieler spielten. Die Frauen hatten gar Tränen in den Augen.

Ganz vorn im Orchesterfessel sah eine dicke Frau in reicher, prunkvoller Toilette, mit weichen, rot abgetönten Wangen und nackten Armen voll Reifen und Ringen. Sie schloß laut auf und sagte ein über's andere mal: „Ach Gott, ach Gott, wie bin ich gerührt.“ Und dann sah sie wieder interessiert durch's Opernglas.

Die Vorhüllung war zu Ende. Ein Beifallssturm dankte für die genossene Nahrung. Die Dicke rauschte befriedigt am Arm ihres nicht minder dicken Gatten hinaus und zerbröckelte noch rasch eine Träne, ehe sie ins Auto stieg.

Zu Hause trat ihr Marie, das Dienstmädchen, entgegen. Von vielem Schluchzen unterbrochen, erzählte sie, daß soeben ein Telegramm ihr den Tod der Mutter gemeldet habe und daß nun ihr Vater, der seit langer Zeit von den Folgen eines schweren Unglücks im Dienste gelähmt sei, mit noch drei kleinen Geschwistern allein geblieben sei. Daß nun sie allein die ganze Familie zu versorgen habe. Die gnädige Frau möchte doch einige Tage Urlaub bewilligen und, ja, wenn vielleicht die gnädige Frau den Lohn —

„Erhöhen? — Nein! Bin ich vielleicht die Armenunterstützung?“

„Gnädige Frau — — —“
„Schweigen Sie!“ Und mit einer Handbewegung brängte sie Marie beiseite.

Anderntags sah die gnädige Frau mit ihrer intimsten Freundin beim 5 Uhr-Lee und sprach mit tränenerfüllter Stimme von dem rührenden Theaterabend und mit empörtem, zornbehebendem Krächzen von der Annahme und Unverschämtheit der Diensthoten. 3.

Mißstände im Schulwesen.

Bekanntlich ist das Kapitel der Breslauer Volksschulen ein sehr trauriges. Die Klassen sind überfüllt (Tausende von Lehrern sind heilungslos). Ein Teil der Schulgebäude läßt in baulicher und hygienischer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig und trotzdem hat man kürzlich einen großen Teil der Reinigungsfrauen — aus Sparmaßregeln — entlassen. Für die höheren Schulen, die viel größere Mittel verdisponieren, zeigt man weit mehr Interesse. Ueberhaupt zeigen die das Schulwesen bearbeitenden städtischen Stellen so wenig Verständnis und so wenig Entgegenkommen in allen die Volksschule betreffenden Fragen, daß ein großer Teil der Elternbeiräte schon wiederholt scharf dagegen Stellung nehmen mußte. So war es auch in einer kürzlich abgehaltenen Elternversammlung der Arletinschule, in der nachdrücklich gegen die willkürlichen und unangebrachten Maßnahmen der Schulverwaltung protestiert und folgende Resolution angenommen wurde:

„Die heute in der Arletinschule versammelten Eltern erheben schärfsten Einspruch gegen den beschlossenen Verkauf ihres Volksschulhauses Arletinsstraße 57. Die Schule ist für unsere Kinder gebaut und es wäre unerhört, wenn unsere Kinder jetzt auf Schulräume verwiesen werden, die in entfernter Stadtteile liegen. Eine Notwendigkeit für den Verkauf liegt keinesfalls vor, da für die Ueberbringung der Freizeitschule Räume in der nicht benutzten Menschelschule zur Verfügung stehen. Wir fordern die Herren Stadtratsmitglieder auf, dem diesbezüglichen Antrag des Magistrats ihre Zustimmung zu verweigern. Die versammelten Eltern geloben, alle Maßnahmen anzuwenden, um die ihnen und ihren Kindern durch die Einziehung ihres Schulgebäudes drohenden Nachteile abzuwenden. Bei Nichtbeachtung ihres Antrages würden sie sich genötigt sehen, zu den schärfsten Mitteln zu greifen, nötigenfalls in den Schlichtung einzutreten.“

Es geht das Gerücht um, daß ein Stadtschulrat — dessen Stedenpferd Experimente wie Umwälzungen usw. sind — die treibende Kraft dieser Angelegenheit, die durch aus nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt, ist. Da die Rechtssozialisten die Mehrheit im Stadtparlament haben, dürfen derartige Mißstände nicht in Erwägung treten.

Aus der Provinz.

Die Gegenrevolution in der schlesischen Verwaltung und Justiz.

Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag, dem 27. Oktober, Gen. Klein, Breslau, im vollbesetzten Saale des „Lions“ zu Görlitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende zunächst den am selben Tage nach Hebermannsberger Unterjochungskasse einlaufenden Genossen Kurt Wenzel auf's herzlichste. Sodann ergriff Genosse Klein das Wort. In eingehender sachlicher Art und Weise, dabei doch nicht die nötige Schärfe vermissend, schilderte er das sprudelnde Vorgehen der Konterrevolution und ihrer feilen Diener, der Justiz. Der erbärmlichsten Mittel bedient sich letztere, um Proletarier monatelang unerschütterlich hinter Kerren zu sperren. Daß sich die Gegenrevolution auch des politischen Wortes bedient, ist ja hinreichend bekannt. Auch in Zukunft will sie weiter von diesem nicht genug zu verwendenden Mittel Gebrauch machen. An einer Zusammenkunft gegenrevolutionärer Kreise in Breslau ist ja kürzlich der Versuch gemacht worden, demnach einen Arbeiterführer aus Schlesien über die Klänge spritzen zu lassen.

Für die Arbeiterklasse bedeuten die fortschreitenden Aktionen der Konterrevolution, sowie die Angriffe auf die letzten Errungenschaften der Revolution, das Zeichen, daß es höchste Zeit ist, sich aus der Defensive, in die sie durch die rechtssozialistischen und unabhängigen Führer gedrängt wurden, rasch zur Offensive überzugehen. Geschlossen und einzig ist die Arbeiterklasse Breslans für die Bekämpfung der politischen Gegenrevolution einzutreten. Auch von anderen sollte dies möglich sein, aber die „Schlichter“

„Vollzeitung“ zieht durch ihre Schreibweise einen scharfen Trennungstrich zwischen sich und die revolutionäre Arbeiterklasse. Nachdem der Referent noch kurz die Görlitzer Beschlüsse der SPD. gestreift hatte, schloß er mit einem Appell an die Einigkeit des Proletariats zum rücksichtslosen Kampf gegen alle offenen und versteckten Feinde des Proletariats. Nach ihm ergriff zunächst der Gen. Wenzel das Wort. Mit treffenden Worten kennzeichnete er die klägliche Haltung der Justiz gegenüber gefangenen Proletariern. Geradezu lächerlich waren die Argumente, mit denen man die Weiterinhaftierung unserer Genossen begründete. Auch mit der „Görlitzer Volkszeitung“ ging er scharf ins Zeug. Gewiß hat dieselbe in einem Artikel nur das ihr durch zuständige Stellen übermittelte Material über Gen. Wenzel veröffentlicht. Aber gerade deswegen ist die Volkszeitung zu verurteilen, daß sie solche Sachen ohne jeden Kommentar bringt. Ein Führer soll jedes sich Arbeiterblatt nennende Organ sein. Nicht im Versehen und Harmlosheitsstellen derartiger Justizlandale dient man der Revolution, sondern der Konterrevolution, verwirrt die Arbeiterklasse und zersplittert sie. In seinen übrigen Ausführungen ging Gen. Wenzel auf die über den wirtschaftlichen Verhältnisse ein und forderte ebenfalls die Arbeiterklasse geschlossen zum Kampf auf. Trotz mehrmaliger Aufforderung meldete sich keiner der Anwesenden zum Wort. In seinem Schlusswort betonte der Referent, daß der neue Justizminister R a b r u c h nächstens Gelegenheit habe, bei der Forderung unserer Forderung auf Erlass einer Amnestie für alle politischen Gefangenen aus Arbeiterkreisen, seine und damit die Stellungnahme seiner Partei klar und klar darzulegen. Nach nochmaligem Eingehen auf die furchtbare Notlage des Proletariats sowie die unumgängliche notwendige Einheitsfront zum Kampf gegen die Gegenrevolution, schloß Gen. Klein seine Ausführungen. Eine Listen- sowie eine Zellennummer für die „Rote Hilfe“ ergab die Summe von 158 R. Abkommen für die Partei wurden gewonnen und Literatur umgekehrt.

Einige Worte noch über den Bericht der „Görlitzer Volkszeitung“: Nachdem sie feststellt, daß 90 Prozent des Gefangenen vollständig von ihr unterschrieben werden könnte, glaubt sie, die Nichtbeteiligung ihrer Vertreter an der Aussprache damit begründen zu müssen, daß sich dieselben von den Versammelten nicht anpöbeln lassen wollten (!) Soll das ein Anspiel auf die Versammlung der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ sein, wo die drei Leuchten der SPD., Buchwitz-Görlitz, Franz-Chemnitz und Rahmigh-Hörsverwerda in ziemlich gehobener Stimmung in einer äußerst demagogischen Art und Weise gegen die Kommunisten loszogen, so daß einige der Versammlungsteilnehmer ihrem Unmut in einigen Zwischenrufen Luft machten? Gemach, „Görl. Volkszeitung“, das Geplapper dieser drei Genossen erregte wohl auch wohl selbst so wenig Lieb, daß ihr von dieser Versammlung lieber gar keinen Bericht brachtet. — Die klägliche Rolle, mit einem Maulkorb da zu sitzen, behaarte jedenfalls einem anwesenden Führer nicht, als Genosse Klein die „Redemöglichkeit“ der Sozialdemokraten feststellte.

Harthausendorf. Am Sonnabend, dem 29. Oktober, fand hier eine öffentliche Versammlung der SPD. statt. Genosse Hamann sprach über die Zustände in der deutschen Republik und unterzog dieselben einer äußerst scharfen Kritik. Er warf eine Reihe von Fragen auf und ergrübelte die antwortenden Gegner, insbesondere die Rechtssozialisten, auf dieselben einzugehen und nicht immer zu freieren. Der harte Beifall, der den Ausführungen folgte, zeigte, daß die Versammelten mit dem Gehörten einverstanden waren. In der freien Ansprache meldete sich niemand zum Wort. Der augenblickliche Erfolg der Versammlung war eine Reihe Neuannahmen für unsere Partei.

Reichenbach. Die bürgerliche Presse meldet: „Die Fahrrad Diebstähle im Gebäude des Landratsamts nehmen kein Ende. Innerhalb weniger Wochen sind gegen acht Fahrräder gestohlen worden, ohne daß es gelang, den Täter zu ermitteln. In den letzten zwei Tagen sind wieder zwei Räder vom Hof des Landratsamts gestohlen worden.“ Wenn es den Fahrradwiegern so leicht gemacht wird und wenn sie förmlich mit der Nase drängestochen werden, darf man sich über das Ueberhandnehmen derartiger Diebstähle nicht wundern.

Rothenbach. Am Sonntag, dem 30. Oktober, sprach Gen. Scholze, Berlin, ebenfalls über die wirtschaftliche und politische Lage. Er schilderte die trostlose Lage des deutschen Proletariats, die verkehrte Steuerpolitik, die gegenrevolutionären Bestrebungen des Beamtenkörpers und die monarchistischen Geheimbündeleien, die unter dem Schutze der Ebertregierung ungehindert blühen und gedeihen und kam zu der Schlussfolgerung, daß nur das einmütige, geschlossene Vorgehen des deutschen Proletariats das kapitalistische Joch abschütteln kann. Nicht die Diktatur von wenigen Kapitalisten, sondern die Herrschaft des Proletariats wird bessere Zustände schaffen. Die Zustimmung der Versammlung zeigte, daß der Referent im Sinne der Versammelten gesprochen hatte.

Rothenbach. Eine schöne Illustration, wie in der privatrechtlichen demokratischen Republik wirtschaftliche wird, können wir von hier mitteilen. Auf der Gütow-Grube wird die Berghalde erhöht, wobei ein Förderplan für

Kohlensteinen nach ... Eine Zeilang wurde es zugelassen, daß die Leute mit Handwagen sich diesen Schlamm zum Feuer holen konnten. Plötzlich wurde es aber bei Strafe verboten, so daß Hunderte von Zentnern dieses Feuerungsmaterials einfach zugeschüttet werden. Die Hauptrolle bei dieser unglücklichen Verwüstungssache spielt der Tageshefter Schmidt. Kameraden, merkt Euch das, wie Naturschätze vernichtet werden. Das Schönste ist noch, daß nicht diejenigen bestraft werden, die die Naturschätze der Allgemeinheit entziehen, sondern die Proletarier, die auf Kohlenflößen wohnen, ihr Lebenlang Kohle gewinnen und zu Hause doch noch frieren müssen.

Girschberg. Bürgerliche Heuchelei. Dieser Tage stand vor dem Schöffengericht der prakt. Arzt Dr. Friedrich aus Giersdorf, welcher wegen Verbrechen gegen das keimende Leben zu 1 1/2 Jahr Zuchthaus verurteilt wurde. Daß hier einmal ein „Verbrecher am Vaterlande“ unschädlich gemacht wurde, erfüllte den „Voten a. d. Riesengebirge“ mit so viel Freude, daß er sich nicht enthalten konnte, dieses weilerschillernde Ereignis durch Extrablatt seiner bornierten Leserschaft bekanntzumachen. Dem sittlichen Spießbürger mit seinen tugendhaften (!) Frauen und Töchtern ist es eiskalt über den Rücken gelaufen, daß es ein Arzt wagte, unerwünschte Kinder im Mutterleibe zu beiseitigen. Dem deutschen Vaterland könnten ja so und soviel kräftige Söhne als Annonenfutter entgegen. Besonders noch, weil er es auch Frauen und Mädchen aus den Proletarierkreisen machte. Eine von den Frauen, die den Mund nicht halten konnte (die Frauen aus dem Bürgertum, denen das Gleiche geschieht, halten den Mund) und die Freundschaft der sieben Nächsten brachte den Arzt vor Gericht. Wichtig ist es aber in der moralisch hochstehenden Bourgeoisie, wenn eine Tochter aus den höheren Kreisen sich mit einem monatelangen Habenichtz oder eine „gnädige Frau“ sich mit einem anderen „gnädigen Herrn“ zu weit eingelassen hat, daß die Frucht vom Arzt beseitigt wird. Wir möchten nicht in den Kreisen der über diesen Fall Dr. Friedrich Entrüsteten Nachforschungen anstellen. Wenn aber eine Frau aus minderbemittelten Kreisen, weil sie schon zu viel Kinder hat und weitere nicht ernähren kann, weil sie verheiratet wird, wenn sie ein sogenanntes „uneheliches“ Kind gebiert, oder weil sie krank ist und das Kind doch nur ein elendes Dasein führen würde, sich die Frucht beseitigen läßt; dazu haben die Sittenswächter die alten Ladehüter christliche Religion und heiligen Staat eingeseht. Spätere Generationen werden einmal mit Ekel die Geschichte der heutigen Sitten durchblättern und werden andere Ansichten über das Verbrechen gegen das keimende Leben haben. In dem bolschewistischen Rußland muß jeder Arzt auf Verlangen der Frau, wenn er keine sonstigen Bedenken hat, den künstlichen Abortus herbeiführen.

Versammlungskalender.

SPD. Breslau, Distrikt 9. Freitag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Distriktsversammlung. Referent ist bestimmt anwesend.

Ortsgruppe Altwasser. Unsere Genossen treffen sich zur Revolutionsfeier in der Versammlung der Freireligiösen Gemeinde im „Eisernen Kreuz“.

Unterbezirk Waldenburg. Komitee Rußlandhilfe. Wir bitten die Ortsgruppen um baldige Abrechnung der Marken, Karten und Prospekturen für Sowjetrußland nach den Revolutionsfeiern. Am 7. November, dem Tag der russischen Revolution, ist es Pflicht jedes Genossen, für die Hungernden in Rußland zu sammeln. Die gesammelten Beträge sind an Gen. Franz, Cochiusstr. 13, zu senden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Süßow 1956 und 1957.

Wenn Du die Zeitung gelesen hast, Genosse, wirf sie nicht weg, gib sie weiter im Betrieb.

Findest Du etwas in Deiner Zeitung, was auch die SPD-Kollegen interessieren könnte, so schlage diesen Artikel im Betrieb an die Wand.

Versäume keine Gelegenheit, Deiner Presse jederzeit neue Leser und Abonnenten zuzuführen.

Agitiert für unsere Zeitung

Ullrich-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das große

Oktober-

Programm.

Schauspielhaus.

7 1/2 Uhr:

Das große

Oktober-

Programm.

Montag, 2. November, abends 7 Uhr

findet im Zentralballeaal, Westendstr. 50-52 eine

Oeffentl. Gedenkfeier

zu Ehren der siegreichen russischen Revolution statt:

Arbeitergesang — Ansprache — Rezitationen.

Zugunsten der hungernden Brüder in Rußland

wird 2.00 Mark Eintritt erhoben.

Arbeiterhilfskomitee, KJ. KPD. Breslau.